

FDP Aufnahmeantrag

Name | Vorname



Straße | Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon privat Fax privat E-Mail

Geburtsdatum Nationalität Beruf angestellt selbstständig

Ich habe die Beitragsstaffel zur Kenntnis genommen und leiste einen Monatsbeitrag von _____ Euro

Datum | Ort Unterschrift

aufgenommen durch Beschluss des _____-verbandes _____ vom _____

Mitgliedsbeitrag

Es ist ein monatlicher Mindestbeitrag nach folgender Staffel zu entrichten:

Brutto-Einkünfte pro Monat Mindestbeitrag pro Monat

A	bis 2.600 Euro	8 Euro
B	2.601 bis 3.600 Euro	12 Euro
C	3.601 bis 4.600 Euro	18 Euro
D	über 4.600 Euro	24 Euro

Hinweis:

In einzelnen aufnehmenden Gliederungen gibt es nach oben abweichende Mindestbeiträge bis zu 18 Euro. Gegebenenfalls setzt sich der zuständige Schatzmeister mit Ihnen in Verbindung.

Design und Druckdatenerstellung von W&K netpublishing

Anspruch und Wirklichkeit von CDU/SPD.

Ulla Schmidt behauptet: „Wir kommen in schwierigen ökonomischen Zeiten ohne Leistungsbeschränkungen für die Versicherten und ohne höhere Zuzahlungen für die kranken Menschen aus.“

Die Wahrheit: Es gibt keine Entlastung – weder bei den Lohnnebenkosten noch bei den Versicherten. Stattdessen ist der durchschnittliche Beitragssatz im Hinblick auf die Gesundheitsreform von 14,2% auf 14,8% gestiegen. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Die teuersten Krankenkassen sind derzeit die AOK in Berlin und im Saarland mit je 16,7%.

Ulla Schmidt behauptet: „Erstmals wird die Private Krankenversicherung sich dem Wettbewerb stellen müssen.“

Die Wahrheit: Die Privaten Krankenversicherungen werden per Dekret zu gesetzlichen Kassen umgebaut, um diese gesetzlichen Kassen dann zur staatlichen Einheitskasse gleichzuschalten. Das einzige derzeit funktionierende Finanzierungssystem wird mit der Gesundheitsreform faktisch abgeschafft.

Ulla Schmidt behauptet: „Wir stellen die Vergütung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte auf eine neue Grundlage. Deshalb heben wir die geltenden Budgets auf.“

Die Wahrheit ist: Die Budgets bleiben erhalten. Das heutige Ausgabenvolumen, mit dem sich nicht mehr alles medizinisch Notwendige bezahlen lässt, wird fortgeschrieben. Nach wie vor wird an der Abstufung ärztlicher Vergütung ab einer bestimmten Menge festgehalten: Auf Deutsch: Wer als Mediziner mehr arbeitet, wird relativ schlechter bezahlt.

Diesen Durchmarsch in die Staatsmedizin lehnt die FDP ab.



aboutpixel.de © Petra Hager

**Staatsmedizin
hat niemand verdient.**

FDP

Die Liberalen

GESUNDHEITSREFORM

Jahrhundert-Murks statt Jahrhundert-Reform.

- Die Große Koalition versprach eine Jahrhundertreform im Gesundheitswesen. Die Lohn-zusatzkosten, die sich immer mehr zu einer "Strafsteuer auf Arbeit" entwickelt haben, sollten sinken - jetzt steigen die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sogar noch schneller als vor der so genannten Reform.
- Weniger Beitrags- und mehr Steuerfinanzierung sollte es geben. Jetzt gibt es weniger Steuer- und sehr viel mehr Beitragsfinanzierung.
- Mehr Effizienz, Transparenz und Wettbewerb sollte es geben - jetzt gibt es einen Gesundheitsfonds, der mehr Kosten und Bürokratie verursacht, obwohl niemand dieses bürokratische Monstrum braucht.
- Von der geplanten Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung bleibt lediglich der Griff in die Tasche der Bürger und die Verfestigung der Strukturen, wie sie zu Lasten von Patienten und Leistungserbringern bereits im Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) aufgebaut worden sind.

Dieser Jahrhundertmurks bedeutet schlechtere medizinische Leistungen für die Menschen bei steigenden Kosten. Wir wollen den Marsch in die Staatsmedizin stoppen. Dazu benötigen wir Ihre Unterstützung.

FDP: Erste Hilfe gegen die Staatsmedizin.

Wir setzen auf ein freiheitliches Gesundheitssystem. Weniger Staat im Gesundheitswesen bedeutet mehr Wettbewerb und bessere Leistung zu bezahlbaren Preisen für alle Bürger.

Das Konzept der FDP sieht vor

- die Konzentration der Leistungen auf das medizinisch Notwendige (Grundleistungskatalog)
- die allgemeine Versicherungspflicht für diesen Katalog
- einen Kontrahierungszwang der Versicherungsanbieter
- die Wahlfreiheit des Bürgers, bei welchem Anbieter er auf der Basis eines kapitalgedeckten Finanzierungssystems Versicherungsleistungen nachfragt
- die Stärkung der Patientensouveränität durch Einführung des Kostenerstattungsprinzips anstatt des derzeitigen Sachleistungsprinzips
- die Abkoppelung der Krankenversicherungsbeiträge von den Arbeitskosten (durch die einkommenssteuerneutrale Auszahlung des Arbeitgeberanteils als echten Lohnbestandteil)

Weitere Informationen zur Gesundheitspolitik finden Sie auch im Internet unter www.fdp-sh.de (Stichwort: Gesundheit) und bekommen Sie direkt in der FDP-Landtagsfraktion.

FDP Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

fraktion@fdp-sh.de
Tel.: 0431-98814-80
Fax: 0431-98814-95



Die FDP hat ein offenes Ohr für Ihre Anregungen, Wünsche und Ideen.



Zum Thema Gesundheit Ihr Ansprechpartner:

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Landesvorsitzender

FDP Landesverband
Russeer Weg 132
24109 Kiel

Tel.: 0431-53593-0
Fax: 0431-53593-20

E-Mail: landesverband@fdp-sh.de
Internet: www.fdp-sh.de



Die FDP kämpft, damit Sie ein leistungsfähiges, freiheitliches und bezahlbares Gesundheitssystem bekommen. Dafür benötigen wir Ihre Unterstützung.

Mischen Sie sich ein. Machen Sie mit. Wann, wenn nicht jetzt?